



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 18 - Plenarwoche 17. - 20. November 2003

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen - Wie stimmen die Abgeordneten ab?

Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (EP) sieht vier Abstimmungsverfahren vor. Welches dieser Verfahren angewandt wird, entscheidet der Präsident. In der Regel stimmen die Abgeordneten durch Handzeichen ab. Bei der elektronischen Abstimmung, benutzen die MdEP eine persönliche Chipkarte, mit der sie von jedem Platz im Plenarsaal ihre Stimme abgeben können. Sie können ihre Stimmabgabe korrigieren bis der Präsident die Abstimmung für geschlossen erklärt. Wenn die elektronische Anlage ausfällt, kann durch Aufstehen oder Sitzenbleiben abgestimmt werden. Nur bei Personenwahlen, einem Mißtrauensantrag oder auf Antrag einer Fraktion wird namentlich abgestimmt. Das Abstimmungsverhalten wird im Sitzungsprotokoll festgehalten.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Pyrrhussieg für die Befürworter der Embryonenforschung

Mit sehr knapper Mehrheit hat sich das Plenum gegen Anträge ausgesprochen, die die Förderung von Embryonenforschung aus dem EU-Haushalt verhindern sollten. Die CDU/CSU-Abgeordneten setzten sich aus ethischen Gründen massiv für sehr strenge Maßstäbe bei der Forschung mit Stammzellen ein, die der Gesetzeslage in Deutschland entsprechen. Der Präsident des Rechtsausschusses des EP hatte Änderungsanträge eingereicht, die den Ausschluß der Embryonenforschung von der EU-Förderung forderten. Aufgrund der auch innerhalb der Fraktionen bestehenden Meinungsunterschiede wurde von dem italienischen Gentechnikexperten und EVP-Abgeordneten Nisticó eine Rückfallposition erarbeitet, die die Forschung auf bestehende embryonale Stammzelllinien begrenzen wollte. Aber auch das wurde abgelehnt. H.-P. Mayer: "Das Parlament hat die Chance verpaßt, Forschung einen klaren ethischen Rahmen zu geben. Deshalb habe ich gegen den Bericht gestimmt. Enttäuschend ist insbesondere, daß sich selbst SPD-Abgeordnete gegen die Änderungsanträge der EVP-ED-Fraktion aussprachen." Positiv ist allein, daß die adulte Stammzellenforschung prioritär unterstützt werden soll, das Entstehen überzähliger Embryonen hingegen vermieden werden soll. Das 6. Forschungsrahmenprogramm der EU beträgt 17,5 Milliarden €. Davon stehen 2,2 Mrd. € für die Biotechnologie und die Gesundheitsforschung zur Verfügung, worunter auch die Stammzellenforschung fällt. Das letzte Wort hat nun der Ministerrat.

2. Häfen im Europäischen Parlament

Die Parlamentarier stimmten einem Gesetzesvorschlag zu, der zur Sicherung von Häfen vor terroristischen Anschlägen führt. Der Vorschlag der Kommission dient der Umsetzung der Normen

der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO). Bis zum 1.7.2004 sollen die Mitgliedstaaten eine Anlaufstelle für die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt benennen. Das EP betonte, daß die Finanzierung der Kosten für die zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen darf.

Mit 229 Nein-Stimmen zu 209 Ja-Stimmen bei 16 Enthaltungen haben die MdEP das Ergebnis der Vermittlung zwischen Ministerrat, EP und Kommission beim Marktzugang für Hafendienste in 3. Lesung abgelehnt. Nach einem Vermittlungsverfahren wird nur noch über den gesamten Gesetzestext abgestimmt. Damit ist der Gesetzesvorschlag der Kommission endgültig gescheitert. Sie kann allerdings einen neuen Gesetzesvorschlag einbringen, der die sehr umstrittenen Themenkreise der Selbstabfertigung, Lotsendienste und der Ausschreibungspflicht für Hafendienstleistungen anders regelt.

3. Plenardebatte mit Rat und Kommission zur Regierungskonferenz. Kritik an Prodi

In einer Generaldebatte des EP mit der italienischen Ratspräsidentschaft und der Kommission zum Fortgang der Regierungskonferenz verlangten die Abgeordneten, den Verfassungsentwurf für Europa des Europäischen Konvents unangetastet zu lassen. Kernthemen der Debatte waren u.a. die noch nicht endgültig geklärten institutionellen Fragen wie der Legislativrat, das System des Ratsvorsitzes sowie die Stimmengewichtung der Mitgliedstaaten in einer erweiterten EU. Gegenstand der Aussprache war auch das Arbeitsprogramm der Kommission für 2004, welches insbesondere die Umsetzung der Erweiterung und der Wachstumsstrategie von Lissabon vorsieht. Vor dem Hintergrund der inzwischen auch offiziell bekannt gewordenen innenpolitischen Ambitionen von Kommissionspräsident Romano Prodi erhielt die Aussprache eine besondere Note. Prodi hatte in einem Interview mit einer italienischen Zeitung das linke Parteienspektrum in Italien zum Zusammenschluß für den Europawahlkampf aufgefordert. Hans-Gert Pöttering, der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im EP, kritisierte diese Parteinahme. Prodi übe das höchste Amt aus, welches die EU derzeit vererbe. Er sei zur Neutralität verpflichtet. Eine Trennung seiner Äußerungen in "private" und solche als Kommissionspräsident sei nicht möglich.

4. Keine harmonisierte Dieselsteuer

Das EP lehnte den Vorschlag zur Harmonisierung der Besteuerung von Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche Zwecke mit großer Mehrheit ab. Der Bericht wurde an den Ausschuss zurückverwiesen. Die Parlamentarier sahen keinen Handlungsbedarf. Die Kommission geht davon aus, daß Dieselmotorkraftstoff nicht weniger umweltschädlich als Benzin ist und will den nicht-gewerblich verbrauchten Dieselmotorkraftstoff ebenso hoch wie Benzin besteuert wissen. Daher soll nach Meinung der Kommission auch der gewerblich genutzte Dieselmotorkraftstoff einheitlicher besteuert werden. Dies hat nach Auffassung des EP nachteilige Auswirkungen auf die europäische Automobilindustrie, welche in dieser Technologie Wettbewerbsvorteile besitzt.

5. Weitere Themen waren u.a.:

- Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
- Gefälschte Euro-Münzen
- Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/92 29 29, Fax: 044 41/92 29 30, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int

Neu gestaltete Homepage unter www.europa-mayer.de